

Außenminister Fischer in Indien

Neuer strategischer Dialog zwischen Delhi und Berlin

von Bernd Basting

Der deutsche Außenminister Joschka Fischer hat am 17. und 18. Mai 2000 Indien besucht. Die primären Stationen der zweitägigen Visite waren das südindische Bangalore und die Kapitale Neu-Delhi. Im Fokus der Gespräche standen die Themen: bilaterale Wirtschafts- und politische Beziehungen, Sicherheits- sowie Umweltpolitik.

Die Visite des Außenamtschefs wurde eingeleitet durch die Besichtigung eines Dorftempels in der Nähe Bangalores, des 'Sri Bhoganandi-Shwara-Tempels', der kulturhistorisch nicht ohne Bedeutung ist. Mit solch unkonventioneller protokollarischer Geste wollte der grüne Politiker zum einen seinen Respekt vor der alten, vieltausend-jährigen Hindu-Kultur des Gastgeber-Landes bezeugen, zum anderen typischen Lokalkolorit in sich aufnehmen, um einen möglichst authentischen mentalen Zugang zu Indien zu bekommen.

Ehe er sich sodann in die Metropole des südindischen Bundeslandes Karnataka begab, machte er — wohl sehr zur Freude seiner daheimgebliebenen Parteifreundinnen - noch einem regionalen Frauenprojekt seine Aufwartung.

In Bangalore traf sich Fischer - in Begleitung einer 20köpfigen Delegation, vornehmlich bestehend aus Vertretern der deutschen Wirtschaft - zunächst mit den politischen Eliten des industriell-technologisch aufstrebenden Unionsstaates, um sich danach vor allem mit den bedeutendsten Wirtschaftsakteuren des "indischen Silicon Valley" auszutauschen, Informationstechnologie-(IT-)Firmen in Augenschein zu nehmen und sich mit jungen Software-Ingenieuren zu unterhalten. Seine Gesprächspartner waren u.a. Azim Premji, der Eigentümer eines der größten indischen Software-Konzerne, WIPRO, der als der viertreichste Mann der Welt gilt und dessen Unternehmen einen Umsatz von zuletzt 47 Milliarden Dollar(!) aufweisen konnte; frischgebackene Absolventen der dortigen Informatik-Hochschule sowie Vertreter der ebenfalls im IT-Bereich engagierten deutschen Firma SAP.

In Delhi standen am zweiten Besuchstag politische Topoi im Vordergrund.

Nach dem Besuch eines muslimischen Dorfes - eine Konzession an die Realität von 120 Millionen Anhängern Allahs in Indien — und eines Slums, wurde Fischer nacheinander empfangen von Premierminister Vajpayee, Außenminister Jaswant Singh und 'Congress'-Oppositionsführerin Sonia Gandhi.

Abschluß und Höhepunkt der Fischer-Visite bildete die gemeinsam mit Amtskollege Singh verabschiedete "Agenda

für die deutsch-indische Partnerschaft im 21. Jahrhundert". Darin wird gelobt, die deutsch-indischen Beziehungen zu vertiefen und ihnen eine strategische Dimension zu verleihen.

Am Rande der Unterredungen traf sich Fischer schließlich noch mit Befürwortern und Gegnern des Flußkraftwerks von Maheshwar in Zentralindien. Die deutsche Firma Siemens soll für das monumentale Energieprojekt die elektromechanische Ausrüstung in Gestalt von Turbinen liefern, knüpft dies aber an die Bedingung der Gewährung einer staatlichen Finanzsicherheits-Garantie in Form einer Hermes-Bürgschaft. Innerhalb der Berliner rot-grünen Regierungskoalition ist eine solche umstritten und Fischer nutzte für sich die Gelegenheit, ein eigenes Meinungsbild herzustellen (zum Thema siehe auch den Meldungsteil).

Ergebnisse

Deutschland strebt an, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu dem großen südasiatischen Land zu intensivieren. Ersterem diene Fischers Reise nach Bangalore. Hier, in einem der prosperierenden Cybercities Asiens, konnte sich der Außenminister einen plastischen Eindruck vom Stand der IT-Branche in Indien verschaffen und die 'Green Card'-Initiative der Bundesregierung vor Ort auf ihre Erfolgchancen hinterfragen.

Der milliardenschwere Unternehmer Azim Premji, einer der weltweit führenden Computer-Tycoone, äußerte sich gegenüber dem Minister skeptisch, was die Möglichkeiten für Deutschland angeht, indische Computerspezialisten in großer Zahl anzuwerben; zum einen sei nämlich die innerindische Nachfrage nach ihnen sprunghaft angestiegen - auf inzwischen 50.000 per annum -, zum anderen zögen es viele IT-Experten seines Landes vor, in die USA zu gehen, um dort wesentlich mehr Geld zu verdienen, als in Deutschland offeriert würde. Zudem seien Arbeitserlaubnisse dort nicht nur befristet, sondern würden auf Dauer gewährt, und es gäbe auch keine Sprachprobleme. So mahnten auch die jungen Software-Ingenieure Fischer an: "Wir wollen keine Einwanderungs-

papiere für Deutschland, sondern Langzeitvisen mit Arbeitserlaubnis!"

Tatsächlich ist die Bundesrepublik in puncto Attraktivität für ausländische IT-Experten kaum konkurrenzfähig. Amerika will die Zahl der Visa wesentlich erhöhen, da es aktuell rund 300.000 Stellen in der Computer-Branche zu besetzen hat.

Im Troß Fischers befanden sich, neben Vertretern der deutschen Wirtschaft, auch die beiden Professoren Huber (Vizepräsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, DAAD) und Brauer (München). Sie stimmten ein in den Chor der Pessimisten mit dem Hinweis auf die vergleichsweise geringe Zahl der in Deutschland studierenden Ausländer, die überdies bislang auch nur ein Jahr bei einer deutschen Firma tätig sein dürften. So studieren in deutschen Ländern nur 650 Inder, in Großbritannien hingegen 6.000, 3.000 in Rußland, 8.500 in Australien und gar 36.000 in den USA. Das bedeutet: Es gibt bis dato keine Studien- und Arbeitstradition von Indern in der Bundesrepublik. Ob Fischers Aufenthalt in Bangalore daran künftig etwas ändern wird, muß bezweifelt werden. Die dümmliche Wahlkampf-Kampagne des CDU-Spitzenkandidaten Rüttgers in NRW "Kinder statt Inder" hat ein übriges zur skeptischen Haltung der Inder bezüglich Arbeitsmigration nach Deutschland beigetragen. Der deutsche Außenminister distanzierte sich in einem Interview gegenüber der renommierten indischen Tageszeitung 'The Hindu' entschieden davon und bezeichnete sie als "Mißachtung der nationalen Interessen Deutschlands", die gottseidank in der für die CDU verlorengegangenen Landtagswahl ihre Quittung bekommen hätte.

In anderen Feldern als der IT-Branche stehen die Chancen einer Intensivierung der ökonomischen Kooperation zwischen Berlin und Delhi besser. Die deutsche Unternehmer-Delegation vernahm in der indischen Hauptstadt mit hoffnungsvoller Freude das Bekenntnis der Vajpayee-Administration zu einer Fortsetzung und Dynamisierung der 1991 begonnenen Wirtschaftsreformpolitik 'New Economic Policy' (NEP), mit ihren Reprivatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen, dem Abbau von Zoll- und Importrestriktionen und der Aquirierung ausländischer Investitionen. Mit mehr als 200 genehmigten Gemeinschaftsunternehmen, so der indische Regierungschef, liege Deutschland derzeit an zweiter Stelle hinter den USA und künftig seien weitere Joint-Ventures geplant. Der Fischer-Besuch bereitete diese denn auch politisch vor. U.a. eruierten Vertreter der deutschen Lufthansa die Möglichkeiten eines Ausbaus des Personen- und Güterverkehrs im

indischen Luftraum.

Deutschland stellt für Indien den größten Wirtschafts- und Handelspartner in der Europäischen Union dar. Auf Indien entfällt allerdings nur knapp ein Prozent des deutschen Außenhandels, der somit also noch sehr ausbaufähig ist. Da die indische Volkswirtschaft sich derzeit und für eine mittelfristige Perspektive auf Wachstumsraten von über sieben Prozent einzupendeln scheint, die Mittelschicht, jetzt 150 Millionen Menschen - alles potentielle Käufer deutscher Produkte -, sukzessive expandiert, günstige Investitionskonditionen und stabile rechtsstaatlich-demokratische Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Agieren herrschen, wirkt Indien als Partner auch für die deutsche Wirtschaft zunehmend anziehend.

Der Fischer-Besuch — dem weitere deutscher Politiker folgen werden — und die Ökonomie-bezogenen Passagen der neuen bilateralen Agenda tragen dem Rechnung. Sie sollen den in den letzten Jahren stagnierenden Wirtschaftsbeziehungen neue Impulse geben und Deutschland — nachdem man zuletzt um einige Ränge nach unten gefallen war — wieder die Rolle als nach den USA bedeutendster Handels- und Investitionspartner Indiens zurückgeben.

Die bilaterale Entwicklungshilfe, welche nach den indischen Atomtests im Mai 1998 von Berlin eingefroren worden war, wurde nicht thematisiert. Doch hier wird die Bundesregierung wohl bald eine positive Entscheidung treffen, zumal Delhi just eine deutsche Partizipation an einem Projekt zur Bekämpfung der Kinderlähmung nachgefragt hat.

Erleichtert wird eine Wiedergewährung deutscher Entwicklungshilfegelder durch den stillen Abbau der offiziell noch gültigen Wirtschaftssanktionen der G-8-Staaten gegenüber dem südasiatischen Großstaat. Beim nächsten Gipfeltreffen dieser Organisation der wirtschaftlich potentesten Nationen der Erde im kommenden Juli ist Indien als Gast bereits eingeladen.

Maheshwar

Das große Staudamm-Projekt 'Maheshwar' im nordindischen Bundesstaat Madhya Pradesh könnte indes zu einem Problemfall der neu belebten bilateralen Wirtschaftsbeziehungen geraten: Wie es der deutschen Delegation in Neu-Delhi noch einmal evident gemacht wurde: Das Energie-Vorhaben verlangt die Zwangsumsiedlung von 40.000 Menschen, deren Dörfer überschwemmt werden und die bislang zudem noch keinen adäquaten Landersatz zugeteilt bekommen haben. Außerdem wird knapper Lebensraum und fruchtbares Ackerland durch den bereits in Gang gesetzten

Dammbau unwiederbringlich zerstört.

Die indische Bürgerinitiative 'Narmada Bachao Andolan' (NBA) kämpft seit Jahren vehement gegen das Mammutprojekt. Sie hat nicht nur prominente einheimische Persönlichkeiten wie die mit internationalen Literaturpreisen überhäufte Roman-Autorin Arundhati Roy auf ihrer Seite, sondern auch NGOs im Ausland; in Deutschland zum Beispiel die Umweltorganisation 'urgewald', die u.a. der deutschen Botschaft in Delhi falsche und einseitige Berichterstattung in Sachen Maheshwar vorwirft.

Die Befürworter des Dammbaus machen hingegen geltend, daß die derzeitige Dürre in vielen Regionen Indiens die Notwendigkeit betone, Flußwasser ökonomisch und effektiv zu nutzen.

In die Kontroverse involviert sind die bayerische Hypo-Vereinsbank und der Siemens-Konzern. Seit fast drei Jahren fordern sie bei der Bundesregierung eine Hermes-Garantie für Kredite und Turbinenlieferungen in Höhe von 170 Millionen US-Dollar für die Beteiligung an der Errichtung der neuen Staudämme ein. Ohne Hermes-Bürgschaft werden beide aus dem Projekt aussteigen, wie dies vorher schon das Bayernwerk, die deutschen Vereinigten Elektrizitätswerke, diverse US-Unternehmen und die Weltbank getan haben.

Fischer und seine Kabinettskollegen müssen sich nun intensiv mit der Frage beschäftigen und in Kürze eine definitive Entscheidung fällen.

Agenda für Partnerschaft

Das wichtigste politische Dokument der Fischer-Visite ist zweifellos die "Agenda für die deutsch-indische Partnerschaft im 21. Jahrhundert", die der deutsche Außenminister und sein indisches Pendant Singh deklarierten.

Die Vereinbarung war schon früher intendiert gewesen — allein die indischen Atomtests vom 11. Mai 1998 verhinderten deutscherseits eine Unterzeichnung. Bereits im vergangenen Monat hatte Staatssekretär Ischinger den "strategischen Dialog" mit Neu-Delhi präpariert. Die südasiatische Großmacht unterhält einen solchen bereits mit vier der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sowie mit Japan. Ein weiteres Abkommen soll mit Rußland geschlossen werden, wenn Präsident Putin im Oktober zum Staatsbesuch in Indien weilen wird.

Zentrale Themen dieser Dialoge bilden die globale und regionale Sicherheit, Abrüstung und Non-Proliferation von Atomwaffen, Weltwirtschaft und Welt-handel, die Reform der Vereinten Nationen, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Umweltschutz. Von

indischer Seite sind sie als ein Versuch zu deuten, aus der Dekaden während außenpolitischen Isolation herauszutreten, die Delhi bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes einseitig auf Moskau bzw. die 'Organisation der Blockfreien' orientiert hatte. Seit den 'Lok Sabha'-Wahlen im Herbst 1999, bei denen der BJP-Kandidat Vajpayee erneut reüssieren konnte, hat dieser Prozeß der globalen und "West-Integration" Indiens eine gesteigerte Dynamik erhalten. Wie der Indien-Besuch von US-Präsident Clinton im März diesen Jahres gezeigt hat, unterstützen auch die USA mit Verve diesen Paradigmenwechsel indischer Außenpolitik.

Und jetzt flankiert Deutschland ebenfalls den internationalen Dialog mit Indien. Berlin beabsichtigt, Indien neben China und Japan zur dritten Säule der deutschen Asienpolitik zu profilieren. So spricht Fischer von Indien als "regionalem Stabilitätsfaktor", der sich in der Kargil-Krise des vergangenen Jahres mit seiner relativen militärischen Zurückhaltung "verantwortlich" verhalten habe. Die Antriebsfaktoren deutscher Politik für eine Intensivierung der Beziehungen mit dem in Südasien präponderierenden Staat sind ökonomischer, politischer und sicherheitspolitischer Art: Ökonomisch konstituiert Indien mit seiner Bevölkerung von einer Milliarde und einer schnell wachsenden Mittelschicht von bald 200 Millionen Menschen einen profitversprechenden Investitions- und Absatzmarkt.

Politisch ist man an einem neuen starken Partner in Asien interessiert, nicht zuletzt weil man Neu-Delhis Solidarität bei der künftigen Entscheidung um den angestrebten Zuschlag bei der Vergabe eines Sitzes im Weltsicherheitsrat benötigt. Der deutsche Außenminister verschweigt diese Absicht in einem Interview mit 'The Hindu' (17. Mai) nicht: "Wir verlassen uns in dieser Frage auf Eure Unterstützung." Gleichermaßen begehrt Indien — als neue Atommacht — einen Sitz in jenem globalpolitisch relevantesten Entscheidungsgremium und fragt dafür den Beistand Berlins nach.

Sicherheitspolitisch will Deutschland rüstungsmoderierend auf Indien einwirken. Südasien war unlängst von Washington als "gefährlichste Region der Welt" ausgemacht worden, mit dem Hinweis auf den ungelösten, nach wie vor mit Gewalt ausgetragenen indo-pakistanischen Konflikt um Kaschmir und die bedrohliche Atomwaffenfähigkeit der beiden verfeindeten Nachbarstaaten. "Wir müssen versuchen, Indien davon zu überzeugen, sich in das internationale nukleare Kontrollregime einzugliedern. Dazu gibt es keine Alternative", bekennt Fischer. Neu-Delhi weigert sich bis dato

den internationalen Atomteststoppvertrag ('Comprehensive Test Ban Treaty' - CTBT) zu unterzeichnen, stellt aber in Aussicht dies zu tun, wenn die USA vorher den Schritt unternehmen. Der deutsche Außenminister übte während seines Indien-Aufenthaltes ungeschminkte Kritik an den US-amerikanischen Plänen zur Nationalen Raketenverteidigung: "Die Umsetzung könnte in Regionen wie Südasien Aufrüstungsimpulse auslösen."

Die neue Agenda für die deutsch-indische Partnerschaft avisiert den sicherheitspolitischen Konsens, verbalisiert andererseits aber auch die Meinungsdivergenzen: "Beide Regierungen sind dem Ziel weltweiter Abrüstung und Nichtverbreitung verpflichtet, ungeachtet unterschiedlicher Ausfassungen darüber, auf welchem Weg dieses Ziel zu erreichen ist."

Ansonsten artikuliert das Dokument den gemeinsamen Willen, künftig enger zusammenzuarbeiten, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sowie multilateraler Fragen.

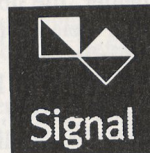
Perspektive

Berlin wird in den nächsten Monaten die Inhalte der diplomatischen Deklarationen mit weiteren Politiker-Visiten in Indien zu bedienen suchen: Für den Sommer haben sich Finanzminister Hans Eichel und Wirtschaftsminister Werner Müller angesagt. Ende September wird Bundespräsident Rau anlässlich der Eröffnung eines indisch-deutschen Kulturfestivals sogar für fünf Tage bei dem asiatischen Riesen erwartet. Und in 2001 schließlich soll Bundeskanzler Schröder kommen.

Indische Diplomaten sprechen deshalb angesichts dieses beispiellosen Besucherreignisses schon von einem "deutschen Jahr". Es ist zu wünschen, daß

er den deutsch-indischen Beziehungen eine vitalisierende neue Qualität verleihen wird.

(Weitere aktuelle Informationen zum Thema Maheswar-Staudamm über: 'Urgewald', Heffa Schücking, Tel: 02583-1031; Fax: 02583 4220. email: urgewald@koeln.netsurf.de)



REVIEW COPY INFORMATION

Published by Signal Books Ltd.
a new imprint specialising in books on
travel, culture and history

New Nukes India, Pakistan and Global Nuclear Disarmament

by Praful Bidwai and Achin Vanaik
with an introduction by Arundhati Roy

Publication date: 11 May 2000

Paperback: ISBN 1-902669-25-8

Price: £12.99

For further information or illustrative material,
please contact James Ferguson at Signal Books.

Signal Books Ltd.

9 Park End Street Oxford OX1 1HH
Tel 01865-724856 Fax 01865-201906

"Kinder statt Inder?"

- Indische Entwicklungshilfe für Deutschland?"

Podiumsdiskussion des Südasienbüro im Arbeitnehmerzentrum Königsinter

Eine der profitträchtigsten Branchen der indischen Volkswirtschaft stellt der Informationstechnologie-Sektor dar. Bereits die ausgehenden 70er Jahre markierten in Indien den Beginn der Etablierung einer Software-Industrie für den Export. Bis Ende der 80er Jahre fand eine Verhundertfacherung des Umsatzes statt, um 1997/98 sogar die Eine-Milliarde-Dollar-Grenze zu erreichen.

Renommierte Hochschulen wie das 'Indian Institute of Technology' oder das 'Indian Institute of Science' sowie große Konzerne wie 'Bharat Electronics' rekrutieren jährlich rund 75.000 neue IT-Ingenieure Absolventen. Urbane Metropolen wie Bangalore, Hyderabad oder Mumbai haben sich inzwischen zu weltweit anerkannten indischen "Silicon Valleys" entwickelt, in denen eine Viertel Million hochbezahlte Experten arbeiten und u.a. auch Programme für ausländische Unternehmen - z.B. 'Lufthansa' - schreiben und via Computer deren Buchhaltung administrieren. Darüber hinaus wirken 300.000 Inder als IT-Spezialisten in den USA. Laut einer 'McKinsey'-Studie wird Indien im Jahr 2008 denn auch der größte Soft-Ware-Produzent der Erde sein.

In Deutschland hat man hingegen jüngst einen frapierenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in dieser zukunftsrelevanten Branche ausgemacht. Das veranlaßte die Bundesregierung dazu, eine 'Green Card' für solche Spezialisten zuzulassen: Für einen Zeitraum von fünf Jahren soll es ausländischen IT-Experten — u.a. aus Indien — erlaubt werden, ohne bürokratische oder juristische Hemmnisse in Deutschland zu arbeiten und zusammen mit ihren Familien hier zu leben; Voraussetzung: Hochschulabschluß oder ein bisheriges Jahreseinkommen von 100.000 DM.

Der CDU-Politiker Jürgen Rüttgers sah sich dann motiviert, im vergangenen nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf das Motto "Kinder statt Inder" zu propagieren. Damit sollten Wähler-Stimmen gefangen und die Suggestion erzeugt werden, daß Inder unseren Kindern künftig die gutdotierten Arbeitsplätze im modernen Hochtechnologie-Sektor wegnehmen. Die Rechnung für Rüttgers ging nicht auf: Seine Partei verlor die Wahl. Doch seine platt-dümmliche Propaganda stieß hierzulande immerhin eine rege Diskussion darüber an, ob man hochspezialisierte Fachleute aus Staaten der südlichen Erdhalbkugel anwerben sollte, um kurzfristige Arbeitskräfte-Defizite bei uns auszugleichen, und es legitim sei, damit eine Süd-Nord-Wanderung von Arbeitseilten auszulösen.

Das Südasienbüro beteiligte sich an dieser Debatte: Zur Veranstaltung mit dem provokativen Titel "Kinder statt Inder? - Indische Entwicklungshilfe für Deutschland?" fanden sich am 6. Mai 2000 zahlreiche Interessierte im Arbeitnehmerzentrum Königswinter (AZK) ein, um im Rahmen der Mitgliederversammlung des Südasienbüros einer Podiumsdiskussion mit hochkarätigen Teilnehmern beizuwohnen.

Moderiert wurde die Diskussion von Dr. Thomas

Hoffmann, Lehrbeauftragter der Universität Karlsruhe. Der seit Jahren mit der Thematik vertraute Redakteur unserer Zeitschrift übernahm zugleich die Einführung in die Materie und zeigte in seinem Referat die Entwicklung des indischen IT-Sektors auf (siehe den folgenden Beitrag).

Auf dem Podium begrüßen konnte er Ashwin Raman, Journalist, der sich seit langem mit dem Aufschwung der Branche in Indien beschäftigt und der keinen Hehl daraus macht, die in Deutschland aufgenommene Debatte um den Zuzug indischer IT-Spezialisten als "arrogant und ignorant" zu bezeichnen. Angesichts einer aufflammenden 'Green Card'-Debatte, welche er aufgrund der Fünfjahresbegrenzung ohnehin eher als 'Rote Karte' verstanden wissen will, vermißt er die eigentlich einer solchen Debatte vorausgehende Frage, ob von indischer Seite überhaupt Interesse an einem Arbeitsverhältnis in Deutschland besteht (auch sein Beitrag wird im folgenden abgedruckt).

Der Journalist Jose Punnampambal ist überzeugt, daß sich die Zahl indischer IT-Interessenten in Grenzen halten wird. Probleme bei der Integration derjenigen, die kommen, sieht er hingegen nicht, da die Absolventen der indischen Hochschulen aus einem urbanen Milieu mit westlichem Lebensstil stammen. Gleichzeitig appellierte er, das Abwandern von Fachkräften als Normalität einer wissensbasierten Gesellschaft zu akzeptieren.

Dr. Ahad Rahman Zadeh, Entwicklungsökonom und Koordinator der Bonner Forschungsgruppe 'Transformation und Entwicklungspolitik', beleuchtete u.a. die Frage des befürchteten 'brain drain' - des Absorbierens von Wissen aus Entwicklungsländern - und inwieweit diesem nicht durch Firmenkooperation entgegengewirkt werden kann.

Diesen Punkt griff auch der fünfte Teilnehmer auf dem Podium, Dr. Jürgen Wiemann, auf. Der Abteilungsleiter im 'Deutschen Institut für Entwicklungspolitik' (DIE) und renommierte Indien-Experte erläuterte, daß selbst beim Zuzug indischer Softwareexperten beide Seiten - Indien und Deutschland - durch einen 'brain exchange' gewinnen können. Als Beispiel führte er die Rückkehr indischer Emigranten aus den USA an, welche maßgeblich zum Aufstieg der indischen IT-Industrie beigetragen haben (Dr. Jürgen Wiemann hat kürzlich im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit ein Gutachten zum Thema veröffentlicht; der Titel: Von Indien Programmieren lernen! Entwicklungspolitische Bewertung der Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte aus Entwicklungs- und Transformationsländern. Wir hoffen, in der nächsten Ausgabe Auszüge aus dem Gutachten präsentieren zu können).

Trotz intensiver Bemühungen gelang es den Organisatoren leider nicht, eine Woche vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, einen der CDU-Protagonisten der "Kinder statt Inder"-Kampagne zum Kommen zu bewegen. (Bernd Basting / Dirk Geilen)